

heim in der Schwimmbadstraße ein.

Geschenkte Semestertickets für den ÖPNV sind umstritten

Erstwohnsitz in Dossenheim bringt Studenten einmalig ein kostenloses Ticket ein – SPD-Antrag wurde für die Räte zur Gewissensfrage

Von Doris Weber

Dossenheim. „Ich denke, die Argumente sind ausgetauscht“, leitete Bürgermeister Hans Lorenz zur Abstimmung über. Die Gemeinderäte hatten über einen Antrag der SPD-Fraktion diskutiert. Diese hatte angeregt, durch einen finanziellen Anreiz in Form einer einmaligen Finanzierung des Semestertickets in der Gemeinde wohnende Studierende zur Anmeldung ihres Erstwohnsitzes in Dossenheim zu bewegen. Das Echo im Gemeinderat war zweigeteilt. Schließlich stimmten 13 der 22 Gemeinderäte für den Antrag, sieben waren dagegen, zwei enthielten sich.

Neben dem sozialen Engagement hat die Erstwohnsitzmeldung handfeste Vorteile für den Gemeindegeldbeutel. Die Schlüsselzuweisungen des Landes erhöhten

sich um rund 1000 Euro pro Meldung, begründete die SPD ihren Antrag.

Bürgermeister Lorenz hatte die Angelegenheit zur Chefsache erklärt. Bereits in der Märzsession, als der Tagesordnungspunkt verschoben worden war, hatte er angemerkt, dass derzeit bereits 70 bis 80 Prozent der Studierenden mit Hauptwohnsitz in Dossenheim gemeldet seien. Jetzt erklärte er, dass sich der wirtschaftliche Nutzen für die Gemeinde zwischen null und 700 Euro bewege und führte den Verwaltungsaufwand an. Dann nannte er ein eher emotionales Argument: Er freue sich, wenn Dossheimer, die woanders studierten, ihren Wohnsitz hier behielten.

„Wir sehen darin weiter eine gute Sache“, ließ sich Rüdiger Neumann (SPD) nicht beirren. Es sei doch gar nicht bekannt, wie viele Studierende überhaupt

in der Gemeinde lebten. Weiter sprach er von der Bindung an die Gemeinde und dem Beitrag zum Umweltschutz durch das Semesterticket. Ähnlich argumentierte Brigitte Spieß-Bechtel, Bündnis 90/Die Grünen. Auch die Freien Wähler befürworteten den Antrag. Neben dem Beitrag zum Umweltschutz sprach ihre Fraktionsvorsitzende Cornelia Wesch von „einer kleinen Entlastung für die Studierenden“. „Ich bin dafür, wir probieren das“, erklärte Hermann Fischer, FDP, und schloss sich den Argumenten der Befürworter an.

Die CDU lehnte den Antrag entschieden ab. Das Meldegesetz spreche eindeutig von der vorwiegend genutzten Wohnung als Erstwohnsitz, so Thomas Riedel, CDU. Da könne man sich nicht wegen eines Semestertickets ummelden.

Das veranlasste Dr. Matthias Delbrück (Grüne) von einer „rechtlichen Grauzone“ zu sprechen. Sofort stellten Bürgermeister Lorenz und Riedel klar, dass von „rechtlicher Grauzone“ nicht die Rede sein könne. Das Gesetz sei eindeutig.

Natürlich bestünde rechtlich keine Auswahl. Es werde aber faktisch nicht geprüft, warf Carlo Bonifer (SPD) ein. „Es gibt doch viele, die gar nicht gemeldet sind“, meinte Klaus Bähr, SPD, und erinnerte an die frühere Regelung, bei der Hausbesitzer zur Meldung ihrer Mieter verpflichtet waren.

„Wir werden die Entwicklung beobachten“, erklärte der Bürgermeister. Allerdings werde die Umsetzung einige Zeit dauern. Ob sich umgemeldete Studierende bei der Kommunalwahl für das Begrüßungsgeschenk noch bedanken können?

rt Konjunkturprogramm schüttelte

Ziel ist Handel

